



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

P/AV/59 - 11. März 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Über Diplomatie</u> Bonn und der schwarze Kontinent Von Fritz Sänger	62
3 - 4	<u>Eisenhowers lateinamerikanisches Fazit</u> Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Dianart	101
5 - 6	<u>Um die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen</u> Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern - Grundgesetzänderung erforderlich Von Karl Wittrock, MdB	61
7	<u>Ein 72-Jähriger muss ins Gefängnis</u> "Pressefreiheit" im NATO-Land Türkei	46

\* \* \*  
\* \* \*

11. März 1960

Über Diplomatie

"Diplomatie ist - wenn man keinen Erfolg hatte, war es keine".

Dr. Walter Zechlin, Reichspresseschef  
in der Republik von Weimar

Von Fritz Sänger

In der diplomatischen Arbeit ist auch der Eindruck von Bedeutung. Wer einen schlechten oder gar falschen Eindruck auf den Partner macht, mit dem er zu einem Erfolg kommen möchte, hat genau so eine Fehlleistung vollbracht wie der, der einen groben Keil auf einen groben Klotz setzt.

Anders dargestellt: Wer mit den jungen Staaten Politik machen will, darf nicht so handeln, daß er eines Tages die Beziehungen zu ihnen verliert. Diese jungen Staaten sind nämlich in einer kaum noch sehr fernen Zeit von wahrscheinlich ausschlaggebender Bedeutung, solange sich jedenfalls die Völker dieser Erde an die Charta der Vereinten Nationen halten. Das eine Drittel der Erde ist unter Hammer und Sichel vereint, das andere gibt sich westlich orientiert und blickt zu den Sternen Amerikas auf. Das dritte Drittel begibt sich zu organisieren und zu orientieren. Bei ihm liegt viel Zukunft.

Noch in diesem Jahre wird in Moskau eine "Universität der Völkerfreundschaft" eröffnet werden. Sie soll nur für farbige Studenten zur Verfügung sein, und alle Einrichtungen, Lehrpläne und Vorstudien-Maßnahmen sollen so geformt sein, daß die Studenten dieser neuen Universität die Sprache des Landes lernen und die erforderlichen Vorkenntnisse erhalten, und auch wirtschaftlich wird für sie gesorgt werden. Zuerst sollen es fünfhundert Studenten aus den asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Ländern sein, dann sollen es dreitausend bis viertausend werden. Wir haben keinen Zweifel daran: dieser Plan wird von Chruschtschow, der ihn am 21. Februar in der Hauptstadt Indonesiens verkündet hat, verwirklicht werden, und es werden alle möglichen Vorzüge vorhanden sein oder geschaffen werden, die das Studium der jungen Männer und Frauen aus den neuen Ländern der farbigen Menschheit ermöglichen und auch für sie angenehm machen. Wir haben in Moskau in der grossen naturwissenschaftlichen Universität draußen vor der Stadt gesehen, was man dort für die heranwachsende Jugend

der Wissenschaften getan hat. Welch ein Aufwand! Welch ein Keimen! Welch eine Weitsicht! Dann werden die jungen Afrikaner mit den Kenntnissen der russischen Sprache, des Wesens und der Anschauungen der Menschen dort, mit dem Wissen von den Techniken und Methoden der Wirtschafts- und der politischen Führung in ihre Heimat zurückgehen, dreitausend, viertausend in jedem Jahre! Pioniere in aller Welt!

Indessen brechen wir die Beziehungen zu einem jener Länder ab. In Afrika werden keine Trommeln mehr gerührt, die im Urwald von diesem Vorgang künden. Er wird sich anders herumsprechen. Man wird ein Bild von "diesen Deutschen" bekommen, das dann - verzerrt und unwahr, aber doch vom Bruder in Afrika bezogen - die Anschauung bestimmen wird. Es ist richtig, der Staatsmann aus Guinea ist in Bonn freundlich aufgenommen worden. Daran hat es nicht gelegen. Diese Art Umgang genügt aber heute nicht mehr, um die Völker zu überzeugen. Man erzeugt keine glänzenden Augen mehr mit glitzernden Glaspöbeln.

Auch gegen bösen Willen gibt es in der Diplomatie noch ein probates und probierendes Mittel, den Kontakt, den gepflegten und vertrauensvollen Kontakt. Das Bonner Außenamt aber ist überrascht worden von Tourés Extratournee bei UBO und Pankow. Es hatte gedacht, die Zusage der Wirtschaftshilfe werde genügen. Es war gewarnt worden, Touré sei ein ganz Linker und hat - erfreulicherweise - den Verkehr nicht abgebrochen. Jedoch hat es noch nicht gelernt, auch mit diesen Menschen erfolgreich und so umzugehen, daß sie Vertrauen gewinnen. Darauf aber kommt es an. Es ließe sich manches darüber sagen, woran es liegt: sicher auch am Personal, jedoch mehr am System.

Denn wir können es uns nicht leisten, der einen Freund und der anderen Feind zu sein. Falls man es in der Koblenzer Straße noch immer nicht gelernt hat, wird es noch bittere Enttäuschungen geben, bis wir begreifen, daß wir eine kluge und keine Prestige-Politik zu treiben haben, wenn wir unseren Platz behalten und verbessern wollen, den Platz unter den Völkern und bei jenen Völkern, die in der Sonne Afrikas leben.

## Eisenhowers lateinamerikanisches Fazit

Von Max Diamant

Die Südamerika-Reise Eisenhowers war nicht eine der üblichen protokollarischen Visiten eines Staatsoberhauptes bei seinen Nachbarn und unterscheidet sich auch wesentlich von den anderen Rundfahrten der modernen politischen Spitzentouristik. Bei den vorangegangenen Reisen durch die großen Zentren Asiens und Afrikas handelte es sich darum, im größten Stil politisch zu werben und bei diesen Völkern und ihren Regierungen Freundschaftsstimmungen zu verbreiten. Die Tour nach Südamerika war dagegen so angelegt, daß sie nicht nur in den lateinamerikanischen Ländern selbst, sondern vor allem in den USA starken Widerhall erziele. Denn hier ging es im Grund darum, nach zwei Jahren politischer Vorbereitungen und Verhandlungen, nach einem wechselvollen Prozess des Suchens, des Leavierens und des Experimentierens, in Washington und in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten selbst, das Verständnis dafür zu schaffen, daß es höchste Zeit ist, die gestörten Beziehungen zwischen dem nordamerikanischen und dem lateinamerikanischen Teil des Kontinents in ein neues Verhältnis zu bringen.

### Apostel der Demokratie und des Friedens

Auf der 10-tägigen Südamerika-Reise Eisenhowers über 24 000 km, die ihn in die vier großen Hauptstädte Brasiliens, Argentiniens, Chiles und Uruguays führte, trat der USA-Präsident mit Nachdruck und Überzeugung als Apostel der Demokratie und des Friedens auf. Das geschah nicht nur im Hinblick auf die bevorstehende Gipfelkonferenz in Paris, um so die Zustimmung und die moralische Unterstützung der 200 Millionen Lateinamerikaner zu erreichen, und noch weniger entspricht dieser Grundtenor etwa einem zeitweiligen und opportunistischen Anpassungsbedürfnis Washingtons an die Stimmungen, die in Lateinamerika vorherrschen. Daß diese Eisenhower-Reise im Anschluß an die vorangegangene Asien- und Afrika-Reise des Präsidenten sowohl für die weitere USA-Politik als auch für viele Entwicklungsländer unmittelbare und konkrete Bedeutung haben wird, zeigt klar die präzise Zusammenfassung, die nach Abschluß der lateinamerikanischen Tournée von ihm selbst vorgenommen wurde.

### "Laßt uns zusammenarbeiten"

Fast wie ein Programm lautet das Resumé, das der ehemalige Rektor der Columbia-Universität vor der Jahresversammlung der "American Assembly", einer Vereinigung führender nordamerikanischer und lateinamerikanischer Intellektuellen gab. Noch bevor er einen offiziellen Bericht seiner eigenen Regierung, dem Parlament und dem Volk der USA erstattete, formulierte Eisenhower in Puerto Rico dieses Fazit seiner Südamerika-Reise in einer Versammlung denkender und kritischer Persönlichkeiten, die jede auf ihrer Art Spezialisten für lateinamerikanische Probleme sind:

"Die lateinamerikanischen Länder brauchen dringend langfristige Kredite, um so ihre Entwicklungsprojekte zu finanzieren. Sie benötigen eine großzügige technische Unterstützung in der Ausarbeitung und Abwicklung dieser Pläne. Es ist für sie eine Lebensnotwendigkeit, sich von der Monokultur oder von der Gebundenheit an ein einziges Erz abzuwenden. Es ist unbedingt erforderlich, ihnen Unterstützung teilwerden zu lassen, damit sie ihre Staatshaushalte ausgleichen, die bürokratische Methode durch wirklich produktive Arbeit ersetzen, die Inflation beseitigen, eine neue Struktur ihrer Wirtschaft vornehmen und zwar auf solider Grundlage. Und diese lebensnotwendigen Bedürfnisse müssen rasch und gründlich erfüllt werden.

Jede lateinamerikanische Nation hat ihre eigene Persönlichkeit und muß ihre eigenen menschlichen und materiellen Ressourcen analysieren und der Dringlichkeit nach eigene Aktionsprogramme aufstellen.

Aber diejenigen Nationen, die prosperieren wollen, brauchen ausländisches Kapital, sowohl von privater als auch von staatlicher Seite. Dieses Kapital steht zur Verfügung. Die Eximbank hat ihren Fond vergrößert, und bald wird auch die Interamerikanische Bank funktionieren. Laßt uns zusammenarbeiten um einen grösseren Wohlstand zu erreichen, und bald werden wir auch in der Lage sein, uns an Hilfsprogramme für unterentwickelte Länder zu beteiligen. Ja, ich möchte sogar noch weitergehen: Ich glaube, das es die Pflicht einer jeden Nation ist, mag sie groß oder klein sein, stark oder schwach, mitzuwirken am Wohlstand der Weltgemeinschaft freier Menschen."

Eisenhowers lateinamerikanisches Fazit ist nach der vergangenheitsbezogenen Ausrichtung der letzten Jahre auf einem wichtigen Gebiet ein großzügiger Versuch, mit Vision und in organisierter und koordinierter Form, das zwischenstaatliche Zusammenwirken als eine gesellschaftliche und zukunftsweisende Aufgabe anzupacken. In Richtung und Form bemüht sich Washington damit, an die positiven Erfahrungen und Leistungen aus der Zeit Roosevelts wieder anzuknüpfen und sie auf die heutigen Notwendigkeiten abzustimmen.

#### Drang nach mehr Unabhängigkeit

Die Krise in den Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika verschärfte sich tatsächlich in dem Maße, in dem das Vertrauens-Kapital aus der Roosevelt-Zeit durch den Washingtoner Kurs aufgebraucht wurde. Unter den Wirkungen einer konservativen Politik war in Lateinamerika darum die Stimmung immer allgemeiner geworden, daß man ohne Gegenwehr dazu verurteilt sei, als Schwächerer einen ungebührlichen Teil der Lasten für den großen Nachbarn mittragen zu müssen. Die Konsequenzen des Kalten Krieges, dazu einer starren "Sicherheitspolitik", die die machtpolitischen aber nicht die gesellschaftlichen Faktoren zur Grundlage hatte, und eines frisch-fröhlichen Kurses auf noch größere "big business" tiefe Rohstoffpreise und hohe Schutzzölle, haben für die lateinamerikanischen Länder in vieler Hinsicht die Beziehungen zu den USA explosiv gestaltet. Auf einem kritischen Tiefpunkt dieser Beziehungen erfolgte nun die Reise Eisenhowers nach Südamerika.

Aber die Faktoren und Bestrebungen, die in Lateinamerika gegen den bisherigen Kurs Washingtons ausschlagen, wirken auch in der russischen erweiterten Einflußzone in ähnlich auflockernder Richtung. Es sind nicht mystische Kräfte, die hier am Werk sind. Es ist der Drang der Völker nach mehr Unabhängigkeit, nach mehr Selbstständigkeit, nach mehr sozialem Fortschritt, nach mehr Komfort für den Einzelnen und nach grösseren Glücksvoraussetzungen für jeden, die sich hier gegenüber den noch so großen Weltmächten als die stärkere motorische Kraft erweist. + + + - 5 -

## Um die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen

Von Karl Wittrock, MdB

Am 20. Januar 1960 hat der Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen in dritter Lesung verabschiedet. Der Bundesrat hat daraufhin am 5. Februar 1960 den Vermittlungsausschuß angerufen, und zwar mit dem Ziel der Aufhebung des Gesetzesbeschlusses des Bundestages. Der Bundesrat ist der Auffassung, der Bundesgesetzgeber sei nach den Vorschriften des Grundgesetzes nicht zuständig, ein solches Gesetz zu erlassen. Er könne auch nicht das Gesetz durch bundeseigene Behörden durchführen lassen. Für die Ausführung des Gesetzes seien allein die Landesbehörden zuständig.

Die Überwiegende Mehrheit des Bundestages und die Bundesregierung teilen diesen Standpunkt des Bundesrates nicht. Es ist deshalb vorläufig nicht ersichtlich, wie sich die Vertreter des Bundestages und des Bundesrates auf einer allseits akzeptablen Basis zusammenfinden sollen, wenn die verfassungsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeräumt werden können.

Unbeschadet dieser unterschiedlichen Beurteilung der verfassungsrechtlichen Situation besteht in einem Punkte weitgehende Übereinstimmung: Die Verschmutzung unserer großen Ströme hat einen solchen Grad erreicht, daß der Gesetzgeber verpflichtet ist, gesetzliche Möglichkeiten zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen zu schaffen. Eine einzige Zahl mag die unerträgliche Situation kennzeichnen: Allein der Rhein schleppt täglich 20 000 to Chloride seiner Mündung entgegen. Es besteht eine Notstandslage, bei der Untätigkeit verderblich wäre. Der Streit über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Reinhaltung der Bundeswasserstraßen muß deshalb schnellstens ausgeräumt werden.

Hierzu gibt es nur einen Weg, nämlich den der Änderung des Grundgesetzes. Für die Fraktion des Bundestages dürfte es kaum Bedenken geben, diesen Weg zu beschreiten. Selbst wer heute bereits

die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des gefaßten Gesetzbeschlusses bejaht, wird ohne weiteres in der Lage sein, diese Zulässigkeit noch einmal ausdrücklich in das Grundgesetz zu schreiben, wenn auf diese Weise letzte Bedenken der Zweifler ausgeräumt werden. Wie man hört, sind erste Überlegungen zur Ergänzung des Grundgesetzes in den Fraktionen des Bundestages bereits angestellt worden, um das beschlossene Gesetz zu sichern.

Es gibt auch Anzeichen dafür, daß der Bundesrat ebenfalls bereit ist, diesen Weg einer Grundgesetzergänzung zu beschreiten. Schon in der Sitzung des Bundesrates vom 5. Februar 1960 wurde durchaus anerkannt, daß praktische Notwendigkeiten für eine bundesgesetzliche Regelung sprächen, und daß man deshalb den Mut haben müsse, das Grundgesetz zu ändern, um so die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für eine solche Regelung zu schaffen. Diese Erwägungen, die weitgehend Zustimmung gefunden haben, dürften dazu führen, auch im Bundesrat einer Verfassungsergänzung die notwendige Mehrheit zu sichern.

Damit soll nicht gesagt sein, daß es keine Schwierigkeiten gibt. Leicht scheint es zu sein, sich darüber zu verständigen, daß dem Bund die Gesetzgebungskompetenz für wasserrechtliche Vorschriften und damit auch für das vom Bundestag beschlossene Reinhaltgesetz zweifelsfrei zustehen soll. Schwieriger wird es sein, sich über die Abgrenzung der Verwaltungskompetenz zur Ausführung des Gesetzes zu einigen.

Aber auch hier sollten die praktischen Notwendigkeiten zu vernünftigen Lösungen führen. Man bedenke: Allein die Weser überquert 27 mal die Grenzen von Bundesländern, und auch der majestätische Strom des Rheines ignoriert mit seinen Sorgen und Problemen Landesgrenzen.

Die Einsicht in das Notwendige wird und muß Bundestag und Bundesrat zu einer Regelung zwingen, welche die einheitliche und wirkungsvolle Ausführung des beschlossenen Gesetzes gewährleistet. Der Zustand unserer großen Ströme verpflichtet hierzu.

### Ein 72-Jähriger muss ins Gefängnis

sp - Die in der NATO vereinigten Länder sind, wie es in der Präambel des Vertrages heisst, entschlossen, die "Freiheit, das gemeinsame Kulturerbe ihrer Völker, gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des Einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen". Diese Einleitung mit der darin enthaltenen Verpflichtung für alle Mitgliedstaaten bildet gewissermassen die moralische Substanz dieses 1949 abgeschlossenen Verteidigungsbündnisses. Es unterscheidet sich in seinem ethischen Gehalt grundlegend von seinem Gegenstück, dem Warschauer Pakt der Ostblockstaaten. Für einige Unterzeichner des NATO-Vertrages steht die Verpflichtung leider nur auf dem Papier, sie denken gar nicht daran, ihre Innenpolitik dem Geiste des Vertrages anzupassen. Dazu gehört die mehr oder weniger diktatorisch regierte Türkei. Für eine lebendige Demokratie ist die Pressefreiheit unentbehrlich, sie bildet neben einem fruchtbaren Nebeneinander von Regierung und Opposition ihr eigentliches Kriterium. In der Türkei aber - wie auch in Portugal - gibt es keine Pressefreiheit, die herrschende Staatspartei unterdrückt die Opposition, deren Mitglieder die Gefängnisse füllen, darunter auch viele Journalisten.

Das neueste und ehrwürdigste Opfer ist der 72-jährige Ahmet Emin Yalman, das geachtete Haupt des türkischen Journalismus. Was hatte er verbrochen, hatte er etwa zum Aufstand gegen die Regierung aufgerufen oder gar kommunistische Doktrinen propagiert? Sein "Verbrechen" bestand darin, dass er in seiner Zeitung einen Artikel aus der Feder des Herausgebers des "Indianapolis-Star" - wohlgenommt, einer Zeitung aus dem mit der Türkei verbündeten USA - übernahm, die einige kritische Bemerkungen über den gegenwärtigen türkischen Ministerpräsidenten enthielt. Dafür muss der tapfere alte Mann für 15 Monate und 16 Tage ins Gefängnis. Vor dem Eintritt ins Gefängnis erklärte Yalman u.a.

"Ich habe eine 53-jährige journalistische Laufbahn hinter mir. All diese Zeit verbrachte ich im festen Glauben an die Freiheit. Durch die Kämpfe um Recht und Freiheit in allen Teilen der Welt ist es klar geworden, dass die Freiheit der ständigen Aufopferung bedarf. Ich bin dem Allmächtigen dankbar, dass er mir eine Gelegenheit gegeben hat, den Reihen jener beizutreten, die bereit sind, für die Sache dieses Landes und für den Journalismus Opfer zu bringen."

Diese goldenen Worte eines grossen Journalisten sollten richtungweisend für alle sein, denen Demokratie und Menschenwürde noch etwas gelten. Im Übrigen wäre dies ein klassischer Fall, mit dem sich die demokratische Presse der NATO-Länder beschäftigen müsste. Was hier geschah, ist in Ostblock-Staaten üblich. Wer die Unfreiheit und die Unterdrückung der Pressefreiheit in eigenen Bereichen schweigend duldet, hat die Legitimation zum Protest gegen die Unfreiheit im Osten verwirkt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel